

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	15/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	10.12.2024
Zeit:	18.30 Uhr – 20:40 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Seidel
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtinnen Haaf und Oppelt; Stadträte Bernauer, Schendzielorz, Sy und Wagner <u>FW</u> Stadträtinnen Henßler und Mayer; Stadträte Dr. Cherwon, Hofstätter, Dr. Rothe und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Inama-Knäblein, Krastel und Scheibe; Stadträte Katzenstein, Konrad und Zietak <u>SPD</u> Stadträtin Linier; Stadträte Bergsträsser, Hertel und Weinmann <u>Linke</u> -
weiter anwesend:	FB 5: W. Ansorge, B. Reess, J. Schopp; Herr Schleif, Büro Bioplan; Herr Glup, Sternemann und Glup;
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Erles, La Licata, Scholl und Staudenmaier
Urkundspersonen:	Stadträtin Oppelt und Stadtrat Zietak
Sachvortrag:	W. Ansorge (TOP 5, 6), J. Schopp (TOP 7) Herr Glup (TOP 3)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:38 Uhr mit der Bürgerfragestunde. Davor verabschiedet er Frau Gruneberg und überreicht ihr Blumen sowie eine Flasche Sekt.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit. Er bittet um Reduktion auf 20 Minuten für diese Sitzung, da die Tagesordnung sehr lang sei.

Herr Schmitz hat Fragen zur Deponie in Mückenloch. Er habe den Bericht über die Ortschaftsratsitzung und die Sachdarstellung in den Gemeinderatsunterlagen zur Sitzung gelesen und finde es sehr erfreulich, dass die Natur sich die Deponie zurückerobert habe und ärgere sich auch darüber. Die lange Entwicklung sei ja ein Versäumnis der Verwaltung, die sich seit 12 oder 13 Jahren damit beschäftige. Es sei nichts passiert und nun habe man dieses Ergebnis. Er fragt, ob die PV-Anlage mit anderer Bauweise oder größerer Fläche noch umsetzbar sei.

Der Bürgermeister verweist auf den Sachvortrag, der diese Frage beantworten werde.

Herr Schmitz erinnert zum Thema eea, dass vor Jahren festgestellt wurde, dass man bei Klimaschutzmaßnahmen im Blindflug sei. Der eea solle dazu dienen, Erfolge sichtbar zu machen. Mit der Einstellung nehme man sich die Möglichkeit der Erfolgskontrolle. Er fragt, wie man ohne vorankommen wolle und was die Verwaltung als Monitoring vorhabe.

Der Bürgermeister verspricht, beim entsprechenden Tagesordnungspunkt werde darauf eingegangen.

Herr Malik fragt, wo die Stadt Neckargemünd hinsichtlich zu erwartenden Betriebsergebnis, Nettoverschuldung, Investitionen und vermuteter Haushaltssperren stehe.

Der Bürgermeister schätzt, man habe noch zwei Jahre Luft, bevor die Stadt Probleme bekomme. Man müsse über Reformen nachdenken, bei den Zukunftsinvestitionen gehe der Stadt das Geld aus, es stehe eine Kreditaufnahme an und weiteres folge zum entsprechenden Tagesordnungspunkt in seiner Rede.

Herr Malik fragt außerdem nach der Unterkunft für ca. 200 Geflüchtete, die in der Bahnhofstraße geplant werde.

Der Bürgermeister antwortet, dass Projekt sei nach seiner Information vollständig gestoppt.

Die Bürgerfragestunde ist 18:47 Uhr zu Ende.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 14/2024 vom 19.11.2024**
- 1.1: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 1.2: **Beratung:**
Stadtrat Katzenstein hatte bereits vor der Sitzung eine Korrektur angemerkt. Ebenso Stadtrat Dr. Rothe.
- 1.3: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Korrekturen wurden bzw. werden noch eingearbeitet.
- 2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 19.11.2024 gefassten Beschlüsse**
- 2.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 2.2: **Folgende Beschlüsse werden bekanntgegeben:**
- Wasserkonzession mit der Stadtwerke Neckargemünd GmbH – Landeskartellbehörde für Energie und Wasser Baden-Württemberg fordert die Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens**
1. Der mit der Stadtwerke Neckargemünd GmbH geschlossene Wasserkonzessionsvertrag vom 25.01.2023 soll aufgrund von kartellrechtlichen Bedenken der Landeskartellbehörde für Energie und Wasser Baden-Württemberg im Einvernehmen mit der Stadtwerke Neckargemünd GmbH aufgehoben werden.
 2. Der Gemeinderat beschließt, das Wasser-Konzessionsvergabeverfahren neu zu beginnen. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung und Durchführung eines europaweiten wettbewerblichen Verfahrens beauftragt.
 3. Grundlage für Verhandlungen mit Interessenten ist der Wasserkonzessionsvertrag vom 25.01.2023 einschließlich aller seiner Anlagen mit Ausnahme der von der Landeskartellbehörde für Energie und Wasser Baden-Württemberg bemängelten Passage in § 4 Absatz 6 Wasserkonzessionsvertrag.
- 3: **Freiflächensolaranlage auf dem Grundstück der ehemaligen Deponie in Mückenloch**
- Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.1: **Sachvortrag**

Herr Ansorge gibt vor der Vorstellung der beiden Gutachten einen Überblick zur Entwicklung der Deponie seit 1994. Im Jahr 2022 sei man in die Bebauungsplanung eingestiegen und habe das Planungsbüro Sternemann und Glup und das Büro Bioplan mit den Gutachten beauftragt.

Herr Glup stellt die Gutachten vor. Man sei schnell zum Ergebnis gekommen, dass der Artenschutz am schwersten wiege, als das Büro Bioplan vor Ort über eine Vegetationsperiode die Untersuchungen durchführte. Man habe die Ergebnisse der Untersuchung in einer Karte zusammengefasst, die einzelnen Bereiche der Tierbestände überlagert und entsprechende Schutzstreifen markiert. Die blauen Flächen mit 1,07 ha und 1,09 ha blieben noch für PV-Anlage übrig. Diese sind damit deutlich kleiner als die wirtschaftlich erforderlichen 4–5 ha. Außerdem sei die Teilung mit höherem finanziellem Aufwand verbunden. Für die Realisierung des Vorhabens seien im großen Umfang Artenschutzmaßnahmen, wie durch Flächenreduzierung, nötig. Ausgleichsflächen, mit Kosten von 250.000 EUR, wären bereits berücksichtigt. Die Zweiteilung würde zusätzliche Kosten von ca. 500.00 EUR verursachen. Zusammenfassend ist die Umsetzung der Planung wirtschaftlich und ökologisch nicht darstellbar. Herr Schleifer werde dies bestätigen können. Mit 1 ha sei die Ausgleichfläche noch defensiv kalkuliert und erst ein Verfahren würde hier Klarheit bringen. Die Fortsetzung des Projektes könne er nicht empfehlen.

Es folgt der Bericht von Ortsvorsteher Bergsträsser zur Situation aus Sicht des Ortschaftsrates Mückenloch, wo man ausführlich diskutiert und ähnliche Erkenntnisse gewonnen habe. Er bemängelt, dass das Ergebnis schon im Februar vorgelegen habe, jedoch nicht in einer Sitzung behandelt wurden sei und man weiter sein könnte. Man habe beide Gutachten zur Kenntnis genommen und würde Option 2 bevorzugen.

Der Bürgermeister erinnert an die Frage von Herrn Schmitz aus der Bürgerfragestunde und bittet um Antwort.

Herr Glup stellt klar, egal wie die Anlage am Ende aussehe, die Baumaßnahme an sich sei immer ein großer Eingriff und eine Beeinträchtigung der Tierwelt. Er sei sehr skeptisch, dass der Artenreichtum bei einer Baumaßnahme unbeschadet bleibe.

Herr Schleif bestätigt dies. Die Beeinträchtigung für die Haselmaus sei zum Beispiel punktuell gering und das Gebiet im Nachhinein wieder besiedelbar, doch die Baumaßnahme an sich lasse es nicht zu.

3.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister berichtet, es liege keine offizielle Stellungnahme des Klimaschutzbeirates vor. Einzelne Vorstandmitglieder befürworteten den Beschlussvorschlag zu folgen.

Stadtrat Katzenstein bestätigt dies.

Stadtrat Wachert schlägt vor, sich Gedanken zu machen, wie man andere Flächen finden könne. Er denke da an einen öffentlichen Aufruf, um private Flächen zu finden.

Der Bürgermeister berichtet, ein vollständiges PV-Eignungs-Kataster sei als Ansatz im Haushalt berücksichtigt und das gesamte Gemarkungsgebiet solle überprüft werden. Stadträtin Oppelt sagt auch die CDU stehe hinter Option 2 und begrüße Standortvorschläge.

Stadtrat Konrad spricht für die Grünen. Man habe nun viel Zeit verloren von 2023 bis zum Gutachten im Februar 2024. Es sei ein Problem, wenn wir so vorgehen, da man in der Energiewende so nur langsam voran komme. 2022 habe man den Beschluss gefasst zu investieren, habe gewartet, nun stehe man vor dem nichts und werde den Chancen nicht gerecht. Er fordert, die Alternativen zu prüfen und aus den Fehlern zu lernen, um nicht wieder elf Jahre auf eine PV-Anlage zu warten. Die Gutachten seien jedoch sehr wichtig. Man bitte, die Projekte der Stadt zur Versorgungssicherheit zu priorisieren. Man brauche einen schnelleren Weg in die Umsetzung und er blicke hoffnungsvoll auf die PV-Anlage im Schwimmbad.

Stadtrat Katzenstein fragt, ob aus dem Beschluss im Jahr 2022 Gelder im Haushalt bereitzustellen noch etwas offen sei.

Herr Möhrle sagt zu, sich diesen Beschluss anzusehen und den Sachverhalt zu prüfen. Der Bürgermeister merkt an, Rückstellungen im haushaltsrechtlichen Sinne habe man diesbezüglich keine.

Stadtrat Konrad schlägt vor, Flächen zu verpachten, wenn man selbst die Projekte nicht umsetzen könne.

Der Bürgermeister sieht die Stadt ebenso eher als „Ermöglicher“, auch wenn der Ertrag bei eigener Umsetzung höher wäre.

Stadtrat Hertel erklärt, auch die SPD sehe keine andere Möglichkeit als Option 2. Man finde es sehr schade, aber auch lehrreich. Man solle nun größere Flächen anschauen, dort weitermachen und eine weniger problematische Fläche finden. Ebenso solle eine landwirtschaftliche Mitnutzung nicht ausgeschlossen werden. Besser eine Fläche, wo es schneller gehe, auch wenn sie nicht perfekt sei.

Stadtrat Katzenstein verweist auf ein Gesetzespaket mit Beschleunigungsmaßnahmen, welche in Arbeit sei. Freiflächen-PV-Anlagen sollten damit verfahrensfrei werden. Dieses Gesetzespaket müsse noch durch den Landtag.

Der Bürgermeister stellt Option 2 zur Abstimmung.

3.3: **Beschluss:**

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, eine Standortalternativenprüfung auf der Gemarkung Mückenloch (evtl. ergänzt um den Bereich Dilsberger Hof) vorzubereiten.

4: **Haushalt 2025 – Einbringung durch den Bürgermeister**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

4.1: **Sachvortrag**

Der Bürgermeister sagt:

*„Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,*

lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede den Schatzmeister zitieren. Damit meine ich nicht den städtischen Kämmerer, sondern eine Figur aus Faust – der Tragödie zweiter Teil:

*„Die Goldesporten sind verrammelt,
Ein jeder kratzt und scharrt und sammelt,
Und unsre Kassen bleiben leer.“*

Ein meines Erachtens passender Einstieg. Nicht nur weil meinem ehemaligen Deutschlehrer vor einigen Wochen das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde. Sondern auch da dies eine zutreffende Beschreibung unserer Rahmenbedingungen für die nächsten zwei Jahre darstellt.

2025 und 2026 werden absehbar die schlechtesten Jahre für Kommunen in Baden-Württemberg seit der Finanzkrise 2009 werden. Baden-Württemberg hat in Bezug auf Wachstum – soweit es ein solches noch gibt- die Rote Laterne im Bund. Es wird von einer schleichenden Multikrise ohne disruptives Ereignis gesprochen. Also mehreren Umständen, die ohne selbst einzeln ein Fanal darzustellen, in Summe erdrückend wirken.

Inflation, Wandel der Energieversorgung, Klimafolgen und zu dazugehörige Gesetzgebung, geopolitische Neuausrichtung sowie ungeklärte Fragen bei Zuwanderung und der Finanzierung unserer Infrastruktur. Und das alles mit direkten oder indirekten, jedoch immer spürbaren, Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Auf Landesebene ist positiv zu vermerken, dass unsere Landesregierung ihren Drang zur Selbstverwirklichung moderat angepasst hat und mittlerweile eine stetige Anpassung des Koalitionsvertrages an die Realität stattfindet. Gerade die letzten Monate haben Resultate erbracht, die Mut machen.

Auf Bundesebene besteht zumindest die Möglichkeit, dass eine zukünftige Regierung – gleich welcher Couleur – einen eindeutigeren Wählerauftrag erhält als dies 2021 der Fall war.

Das alles ist jedoch für die nächsten zwei Jahre aufgrund der besonderen Lage im Rhein-Neckar-Kreis von untergeordneter Bedeutung:

Bedingt durch die Situation bei den GRN Kliniken, den Sozialkosten sowie des Gewerbesteuerausfalls bei den ‚SAP-Kommunen‘ wird der Kreistag nächste Woche eine Umlage beschließen, die in jedem Fall schmerzhaft ausfallen wird.

Bereits 2024 haben einige Kommunen bereits Liquiditätsprobleme und müssen Kassenkredite aufnehmen. 2025 werden es deutlich mehr werden. Davon sind wir in Neckargemünd noch in etwa zwei Jahre entfernt. Zeit, die wir dringend für Reformen nutzen sollten.

Im Ergebnishaushalt sind wir bei der Planung bei einem Defizitsockel i.H.v. 4.800.000€ gestartet.

Wir haben durch präzisere und realistische Planung sowie dem Streichen unnötiger Planreserven das Defizit bereits im ersten Anlauf um eine volle Million Euro reduziert. Die Bürger werden aufgrund des neuen Grundsteuerhebesatzes eine halbe Million Euro mehr zum Haushalt beitragen.

Die Umsetzungsquote im baulichen Bereich ist dieses Jahr steil gestiegen. Wir müssen folglich nächstes Jahr mit 500.000€ weniger Unterhalt kalkulieren.

Soweit die guten Nachrichten.

Zu erwarten sind Zusatzbelastungen i.H.v. 1,0 bis 1,3 Millionen durch die Kreisumlage – das wissen wir nächste Woche – Personalkostensteigerungen i.H.v. 600.000 – 800.000€ je nach Tarifabschluss und Stellenbesetzung sowie 200.000€ Eigenanteil Umweltschutzmaßnahmen nach Abzug der Förderungen.

Das muss finanziert werden bei 600.000€ weniger Schlüsselzuweisungen und wahrscheinlich 500.000€ weniger Gewerbesteuer. Und das waren jetzt nur die größten Posten. Aus dem Bereich Reinigung und IT treten Kostensteigerungen von 10-15% in allen Aufgabenfeldern hinzu.

Die Verwaltung bringt somit heute einen Vorschlag ein, der in Summe 6.325.000€ Defizit ausweisen wird.

Für Investitionen werden somit keine Mittel erwirtschaftet und alles würde über Kredite zu finanzieren sein.

Die vorgeschlagenen Investitionen i.H.v. 6.800.000€ sind fast ausschließlich Zusagen, Versprechungen und Beschlüsse aus den letzten drei Jahren sowie die notwendigsten aller Infrastrukturmaßnahmen. Der größte von mir gestaltete Einzelposten – eine Umgestaltung des Eingangsbereichs des Rathauses unter anderem mit einem Infopoint bzw. einer Rezeption für die Bürger – würde mit 55.000€ zu Buche schlagen. Auf der Strecke bleiben viele Gebäudesanierungen, die mittlerweile im achtstelligen Bereich erfolgen könnten. Wir werden folglich viel zu wenig Mittel in die Zukunft investieren, bzw. in die sogenannten rentierlichen Investitionen, die dazu dienen, zukünftige Ausgaben bei Strom und Energie zu vermeiden.

Erhalten in unserem Entwurf ist die energetische Sanierung des Schwimmbads in den Jahren 2025 und 2026, um zumindest dieses Alleinstellungsmerkmal zukunftsfähig zu halten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen über Strukturveränderungen reden. Daher habe ich nicht wie seit Jahrzehnten üblich eine Klausursitzung angesetzt, sondern zwei und es können auch drei werden.

Die Verwaltung wird alle Reformvorschläge seit der sogenannten Krise der Kommunen – also seit dem Jahr 2003 – erneut vorstellen und Ihnen zur Wahl stellen. Erholen Sie sich gut über die Ferienzeit, der Januar wird intensiv werden.

Als Erläuterung für die neuen Mitglieder und gegebenenfalls auch den einen oder anderen Bürger: Nachdem der Haushalt heute von mir formell eingebracht wird, haben die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte über die Feiertage nun Zeit, sich mit dem Entwurf im Einzelnen auseinanderzusetzen.

Sollten wir uns einigen, dann wäre die Verabschiedung des Haushaltes für die Gemeinderatssitzung im Februar vorgesehen.

Abschließend möchte ich mich noch bei der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsentwurfes bedanken und hier speziell bei Herrn Möhrle, der trotz Krankheit weiter mobil an der Optimierung des Haushaltes gearbeitet hat.

Ich darf deshalb – wie üblich – den Haushaltsentwurf ohne Aussprache zur weiteren Beratung im Gemeinderat verweisen und freue mich auf die spannenden und interessanten Diskussionen im neuen Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

4.2: **Beratung:**

Es findet keine Aussprache statt.

4.3: **Beschluss:**

Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Haushaltes zur Kenntnis und wird diesen in einer Klausurtagung beraten.

5: **Anpassung der Gestaltungssatzung Altstadt – Angebotseinholung und Vergabe**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.1: **Sachvortrag:**

Herr Ansorge erläutert, dass die Altstadt von denkmalgeschützten Gebäuden und rund 100 Kulturdenkmälern geprägt sei. 2017 habe man die aktuelle Satzung beschlossen, jedoch ohne PV-Anlagen oder Werbeanlagen zu berücksichtigen. Nach heutiger Sicht sei die Satzung nicht mehr zeitgemäß. Da die vor zwei Jahren gegründete Kommission im internen Kreis keine Lösung fand, entschloss man sich, das Knowhow extern einzukaufen. Eine rechtssichere und gute Satzung sei das Ziel. Er stellt das Leistungsverzeichnis vor, sowie den zeitlichen Aufwand. Drei Angebote im zuschlagsfähigen Umfang seien eingegangen. Das Büro habe die Stadt schon über Jahre begleitet. Für 2025 habe man 50.000 EUR im Haushalt angemeldet.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Wagner fragt, wie oft die Altstadtkommission getagt habe.

Der Bürgermeister antwortet, er sei bei zwei Sitzungen anwesend gewesen.

Stadtrat Wagner meint, es habe sich nach mehr angehört und er sei überrascht, was als Idee im Raum stehe. In der Stellungnahme der CDU geht er auf die mannigfaltigen Interessen ein. Der optische Eindruck der Häuser sei wichtig, ebenso das Bewahren historischer Häuser. Alle Gebäude würden im Fokus stehen und mit einem neuen Rahmenwerk könnten Bewohner diese für die Zukunft ertüchtigen und lebenswert machen. Hier werde es wichtig sein, eine gesunde Balance zwischen praktisch, lebenswert, bewohnbar und dem Gesamteindruck zu finden. Zu den Zielen gehöre eine bewohnbare Altstadt, Bürokratieabbau, weniger Leerstand und eine energetische Sanierung, wie mit PV-Anlagen. Die CDU freue sich auf eine rasche Umsetzung, werde den Prozess verfolgen und aktiv mitwirken. Insgesamt stimme man zu.

Stadträtin Krastel spricht für die Grünen. Die Satzung sei noch gar nicht sehr alt, doch in letzten Jahren haben sich die Dinge rasant geändert: Was vor sieben Jahren richtig war, sei nun auf dem Prüfstand. Besonders hinsichtlich der Klimaanpassung, Themen wie PV-Anlagen und Begrünung solle angepasst werden. Die ganze Satzung müsse auf den Prüfstand gestellt werden und Themen aus der Kommission einfließen.

Der Bürgermeister verspricht, dies sei selbstverständlich. In der Kommission haben man die Zielkonflikte nicht lösen können und nehme daher nun externe Hilfe hinzu.

Stadträtin Krastel dankt Herrn Ansorge für die Darstellung des Sachverhaltes und fragt, was es koste und kündigt an, dem zuzustimmen.

Stadtrat Wachert begrüßt im Namen der Freien Wähler das Vorgehen, ein externes Büro einzuschalten. Man wolle gerne die Möglichkeit für PV-Anlagen in der Satzung haben. Er kündigt eine Liste mit Prioritäten der Fraktion an. Außerdem weist er daraufhin, dass es die Satzung schon zehn Jahre alt sei und man über diese erst später entschieden habe.

Stadtrat Hertel erklärt, die SPD begrüße ebenfalls das Verfahren, da man Impulse von außen brauche. Das sachliche Prüfen der entwickelten Ideen und der Vergleich mit anderen Städten, besonders im Umgang mit PV-Anlagen, sei sehr gut. Zur Entwicklung der Satzung ergänzt er, dass diese auch in Hinblick auf eine Förderung in Sanierungsgebieten sehr eng – und nun zu eng – gefasst sei. Als Beispiel nennt er die Dachflächenfenster. Er wolle noch die Fassadenbegrünung als Kernpunkt einbringen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der Firma LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH mit der Anpassung der Gestaltungssatzung Altstadt.

6: **Ortsentwicklungskonzept Neckargemünd Waldhilsbach – Angebotseinholung und Vergabe**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

6.1: **Sachvortrag:**

Herr Ansorge stellt den Sachverhalt vor. Das Ortsentwicklungskonzept (OEK) sei ein grundlegender Baustein für die Stadtentwicklung. Mit Herrn Schopp habe er sich zur Sitzung in Heidelberg zum dortigen Stadtentwicklungskonzept eingeladen und können von dort einiges in das Projekt in Waldhilsbach einfließen lassen. Zum Inhalt des Konzepts gehören eine umfassende Bestandsaufnahme und Ziele für eine Weiterentwicklung zu definieren. Mit der Erfahrung aus diesem Prozess könne im Anschluss dies auf die Ortsteile Dilsberg und Mückenloch übertragen werden. Er stellt das Leistungsverzeichnis vor und die geplante Bürgerbeteiligung. Es soll kreativ angegangen und konkrete Projekte mitgenommen werden. Es seien drei Angebote abgegeben wurden. Mittel von 20.000 EUR seien bereits im Haushalt, für 2025 melde man nun 30.000 EUR an. Mit Ergebnissen rechne er im Sommer 2025.

Ortsvorsteherin Linier sagt:

*„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
die Zukunft unserer Ortsteile liegt uns hoffentlich allen am Herzen. Doch wir alle wissen auch, dass sie gefährdet ist. Seit Jahrzehnten beobachten wir einen kontinuierlichen Rückgang der Infrastruktur in unseren Ortsteilen. Geschäfte*

verschwinden, Vereine kämpfen um ihre Existenz und es mangelt an Wohnraum und Mobilität.

Als ich vor 42 nach Waldhilsbach zog, gab es da einen Kindergarten, zwei Banken, eine Post, einen Lebensmitteladen, einen Haushaltswarenladen, einen Metzger, 1 Bäcker und 5 Gaststätten. Geblieben ist von alledem nur noch der Kindergarten, ein Bäcker, der lediglich an 5 Werktagen vormittags geöffnet hat sowie ein gehobenes Restaurant. Eine Gastwirtschaft, die seit Ende der Corona-Pandemie nur noch sonntags geöffnet hat, schließt am 31.12. dieses Jahres. Diese Bilanz ist sehr negativ.

Nur wenige Verbesserungen sind zu verzeichnen: Wir hatten damals ein Neubaugebiet, in dem sich viele junge Familien gerne häuslich niederließen. Die Grundschule wurde wieder eröffnet. Wir hoffen, dass sie geöffnet bleibt; ich sehe aber mit großer Sorge in die Zukunft, wenn ich mir die Forderung von unserer Kultusministerin Theresa Schopper, die die Zusammenlegung kleiner Schulen auf dem Land und eine Zentralisierung der Schulverwaltung fordert, vergegenwärtige. Und wie lange Kinder wirklich in ihrem Ort auch weiterhin unterrichtet werden, was nach Aussage der Kultusministerin so bleiben soll, wird die Zukunft bringen. Die Waldhilsbacher Grundschule gehört mit ihren derzeit nur 32 Kindern zu den 164 Grundschulen im Land, die unter 50 Schülerinnen und Schüler haben.

Der Erhalt von Kindergarten und Grundschule in unseren Ortsteilen ist für mich eine nicht verhandelbare Priorität. Diese Einrichtungen sind weit mehr als nur Orte des Spielens und Lernens. Sie sind Begegnungsstätten, die jungen Familien Halt geben und das soziale Miteinander fördern. Um die Grundschule zu erhalten, müssen wir Wohnraum schaffen. Auch das gehört zu einem Dorfentwicklungsprogramm. Heute hat auch Waldhilsbach ein eher veraltetes oder schlichtweg nicht ausreichendes Wohnraumangebot. Junge Familien, die keine Bauplätze im Ort gefunden haben, sind weggezogen. Seniorengerechter Wohnraum, der es älteren Menschen ermöglicht, möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben, fehlt.

Genau hier muss ein Dorfentwicklungsprogramm ansetzen. Ich halte es zudem für wichtig, Mehrgenerationenprojekte zu unterstützen, bei denen Jung und Alt voneinander profitieren können.

Deutlich verbessert hat sich die Anbindung des Ortsteils an den ÖPNV. Der muss erhalten bleiben. Wünschenswert wäre natürlich ein Ausbau – aber ich bin alt genug, um zu wissen, dass das Leben kein „Ponyhof“ ist und dass man nur das Geld ausgeben sollte, das man auch hat. Ein Ausbau würde die Kommunen Geld kosten, das sie derzeit schlichtweg nicht haben. Um die von unserer Landesregierung proklamierte Mobilitätsstrategie 2030 vor allem im ländlichen Raum umzusetzen, braucht es nicht nur warme Worte, sondern auch eine finanzielle Unterstützung. Da müssen Land und Bund ihren Beitrag leisten. Hier sehe ich noch sehr viel Luft nach oben.

Ebenfalls unverzichtbar ist die Förderung der Vereinskultur. Sportvereine, Musikgruppen, kulturelle Initiativen leisten nicht nur wertvolle Arbeit – sie sind der oft zitierte „Kitt der Gesellschaft“. Sie bieten Angebote für alle Altersgruppen und tragen entscheidend dazu bei, das kulturelle und soziale Leben auch in den Ortsteilen zu bereichern. Doch wir alle kennen die Herausforderungen, mit denen sich Vereine konfrontiert sehen. Der Nachwuchs fehlt, die Finanzierung wird schwieriger und das Ehrenamt stößt an seine Grenzen. Ein Ort ohne lebendige Vereinskultur verliert nicht nur seinen Charakter, sondern auch seine Identität.

Mit der Beauftragung der Erstellung eines Dorfentwicklungskonzeptes für Waldhilsbach können wir dieser Entwicklung hoffentlich Einhalt gebieten. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger, alle Institutionen, Vereine, Vereinigungen mit ins Boot genommen werden, worauf dringend zu achten ist, wird hoffentlich ein Ruck durch die Bevölkerung gehen. Sehr positiv sehe sowohl ich als Ortsvorsteherin als auch die SPD-Fraktion auch die Tatsache, dass die Firma MVV Regioplan GmbH, die bereits mit der 1. Phase der „Sandklinge“ beauftragt wurde, den Zuschlag für das Ortsentwicklungskonzeptes erhalten soll. Beide Projekte können dann Hand in Hand laufen und das sollten sie auch.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Beschluss zu und bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Ansorge für die Vorarbeit und das Erstellen der Vorlage.“

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Bernauer sieht es wie die ganze CDU positiv, dass das Projekt aus dem Ortsteil so schnell umgesetzt werde. Insbesondere, da die potenzielle Planung der Sandklinge berücksichtigt werde. Man stimme der Beauftragung gerne zu.

Stadtrat Wachert sagt, auch die Freien Wähler stimmen zu und finden es toll, dass der Ortschaftsrat mitarbeiten werde. Man hoffe auf eine baldige Umsetzung.

Stadtrat Katzenstein berichte, die Grünen freuen sich sehr, dass dem Wunsch des Ortsteils nachgekommen werde und betont die Wichtigkeit, die auf die weiteren Ortsteile auszurollen. Er kündigt an, dass nicht alle zustimmen werden, da das Verfahren nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden solle. Er habe gerätselt, was im Leistungsverzeichnis stehen werde und einen Termin für die Beteiligung der Bürgerschaft sei zu wenig. Es sollte nicht der Preis als alleiniges Bewertungskriterium herhalten. Es hätte durchaus Gelegenheit gegeben, das Leistungsverzeichnis vorher zu besprechen. Man sei über den bisherigen Verlauf nicht glücklich.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass er diesen Auftrag auch ohne Gremienbeteiligung hätte vergeben dürfen, jedoch gerade im Sinne der Transparenz nun nach dem Ortschaftsrat auch den Gemeinderat öffentlich einbeziehe.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Beauftragung der Firmen MVV Regioplan GmbH mit der Erstellung eines Ortsentwicklungskonzeptes (OEK) in Waldhilsbach.

7: **Fußwegbrücke am Schwimmbad – Zustand und weitere Vorgehensweise**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

7.1: **Sachvortrag:**

Herr Schopp erklärt, bei der Brücke am Schwimmbad handle es sich um eine Stahlkonstruktion, die stark in die Jahre gekommen sei. Die tragende Struktur sei stark angegriffen und eine Instandsetzung unwirtschaftlich. Als Sofortmaßnahme habe man das Radfahren untersagt und für den Fußgängerverkehr den Asphalt

geglättet. Vorschlag und Empfehlung des Ingenieurs sei nun, die Brücke der Verwertung zuzuführen. Der Rückbau der Brücke koste ca. 180.000 EUR zzgl. Kosten der DB.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Wagner sieht hier eine Veränderung in der städtischen Infrastruktur, da in den vergangenen Jahren Dinge nicht angegangen wurden. Die Brücke am Schwimmbad sei im bedenklichen, nicht wieder instand zusetzenden Zustand. Vor fünf oder zehn Jahren wäre sie vielleicht noch zu retten gewesen. Man stimme dem Rückbau zu.

Stadtrat Katzenstein dankt der Verwaltung für die schnelle Reaktion und die Durchführung der Maßnahmen. Wegen dem schlechten Zustand müsse die Brücke schnell weg, doch es handle sich um eine enorm wichtige Verbindung. Man müsse in Ruhe beraten, was dann komme.

Stadtrat Wachert findet es schade, dass der Weg von der Bushaltestelle ins Freibad nun länger werde. Da die wenigsten Besucher per Bus kommen, wäre es verkraftbar. Man stimme daher ebenfalls zu. Außerdem weist er daraufhin, dass vor zehn Jahren ein CDU-Bürgermeister im Amt gewesen sei.

Stadtrat Hertel hält es für wichtig, sich keine Optionen zu verbauen. Der Brückenkopf müsse gesichert werden. Für die Busverbindung ins Steinachtal sei dies eine wichtige Brücke. Kleingemünder könnten einen anderen Weg nehmen. Er betont, die Brücke sei für den Bahnverkehr gefährlich, nicht jedoch der Fußweg.

Der Bürgermeister bestätigt, dass Fußgänger nicht gefährdet seien. Das Schwimmbad sei sehr beliebt im Umland und einige würden tatsächlich den Bus nutzen.

Stadtrat Hofstätter wundert sich, warum sich niemand an den 180.000 EUR störe. Er fragt, wo die Kosten herkommen.

Herr Reess antwortet, bei den Kosten seien auch die Entsorgung und nötige Genehmigungen enthalten. Nur die Kosten der Bahn stünden noch nicht fest.

Herr Schopp spezifiziert, man spreche hier von einem der größten Autokräne, den man sich vorstellen könne. Entsprechend hoch wären dann auch die Kosten dafür.

Der Bürgermeister erklärt, man könne auch das Leistungsverzeichnis nachreichen. Es handle sich um eine recht anspruchsvolle Aufgabe mit viel Abstimmungsarbeiten mit der DB.

Stadtrat Rothe meint, die Brücke sei als Option für Kleingemünder wichtig, jedoch erst wenn Kasse gefüllt wäre.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig

1. Die Verwaltung mit der weiteren Planungs- und Bauausführungen zwecks Rückbau der Fußgängerbrücke über die Bahnleise am Schwimmbad zu beauftragen sowie
2. Die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 180.000,00 EUR für die Haushaltsjahre 2024 und 2025.

8: **Teilnahme am European Energy Award**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

8.1: **Sachvortrag:**

Herr Weiher verliest eine kurze Erklärung von Frau Kurch, in der die Gründe für das Ende der Teilnahme am European Energy Award dargelegt werden. Wegen Personalmangel und der Priorisierung der Umsetzung von Projekten ist das Monitoring nicht so weit fortgeschritten, wie es für einen Abschluss im März 2025 sein müsste. Die Wiederaufnahme sei bei Bedarf möglich.

Der Bürgermeister ergänzt, auch eine weitere Stadt im Rhein-Neckar-Kreis verlängere nicht mehr weiter, da die zertifizierende Agentur den Fragenkatalog erweitert habe. Er müsse Herrn Schmitz recht geben: vor 15 Jahren sei es das beste Monitoring-Produkt gewesen. Es sei eine Frage der Prioritätensetzung und man sehe sich nicht in den nächsten Monaten gefordert, Zertifikate zu generieren, sondern Resultate.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Zietak fragt, wie der Stand in Wiesenbach sei, da man zusammen startete.

Frau Thiele antwortet, in Wiesenbach liege man im Plan.

Weiterhin fragt Stadtrat Zietak nach einer Stellungnahme des Klimaschutzbeirates, welche laut Herrn Weiher und Bürgermeister Seidel nicht vorliege. Außerdem fragt er, um welche Fördermittel es beim Klimaschutzkonzept gehe und warum man aussteigen müsse.

Herr Weiher kann die Frage nach der Förderung des Klimaschutzkonzeptes nicht beantworten und bittet um schriftliche Nachfrage.

Der Bürgermeister verweist auf den Abschluss bis März 2025, der nicht machbar sei. Er stellt in Aussicht dies erneut anzugehen, wenn Mittel für andere Maßnahmen ausgingen. Der eea sei ein gutes Mittel, um Arbeit zu rekapitulieren und zu reflektieren.

Stadtrat Bernauer sagt in seiner Stellungnahme, das Vorgehen bewege sich zwischen blamabel und unfähig. Die Mitarbeiterinnen treffe keine Schuld, da es schlichtweg nicht machbar sei. Er fragt, ob sich für Wiesenbach dadurch Nachteile ergeben.

Herrn Weiher sind keine Nachteile bekannt. Er werde noch intern nachfragen.

Stadtrat Zietak meint, er sehe es ähnlich. Man müsse nicht mit dem Finger auf jemanden zeigen, jedoch sei die Rückgabe der Fördermittel ärgerlich.

8.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Teilnahme am European Energy Award (eea) zu beenden.

2. Die Verwaltung wird einstimmig ermächtigt, die abgeschlossenen Verträge mit der Bundesgeschäftsstelle eea und der KLiBA zu kündigen und die bewilligte Förderung i.H.v. 10.000 EUR zurückzugeben.

9: **Mitteilungen und Anfragen**9.1: **Sondersitzung AZV**

Der Bürgermeister berichtet, dass sich nach der Abstimmung im Gemeinderat am 19.11.2024 für die nächste AZV Sitzung am 04.12.2024 eine Änderung ergeben habe. Haushaltsplan, Haushaltssatzung und Kreditaufnahme lagen und lägen auch am heutigen Tag noch nicht vor. Es gebe eine Sondersitzung am 21.01.2025, vor der der Gemeinderat nicht erneut tage. Er bitte daher um ein freies Mandat. Die Hauptsatzung der Stadt sowie das GKZ gäben nicht vor, dass der Gemeinderat Weisung erteilen müsse.

Der Gemeinderat befürwortet dieses Vorgehen.

9.2: **Bezirksschornsteinfegermeister**

Der Bürgermeister berichtet, dass ab Januar 2025 ein neuer Bezirksschornsteinfeger bestellt werde. In KW 2/2025 würde dies auf der Webseite des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis veröffentlicht werden.

9.3: **Berichterstattung der RNZ**

Stadtrat Wachert kritisiert die späte Berichterstattung der RNZ zu den Sitzungen des Gemeinderates. Er würde sich über zeitnähere Berichte freuen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Oppelt

Die Schriftführerin

Stadtrat Zietak